

Die Teilstreits im Reich

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

Streits auf Berliner Baustellen

Die Baustellen Binder, Adlershof (zur Hälfte) und die Baustelleasmus Bumann, Rudow (geschlossen) streiten seit gestern.

Die Polizei besetzte gestern die Baustelle Bohnsdorf in der Woltersdorfer Straße und nahm drei Verhaftungen vor. Die Belegschaft beschloß darauf den Streik ab Dienstag vormittag.

Drei kommunistische Abgeordnete verhaftet

Gelsenkirchen, 4. Januar. (Eigene Meldung.) Die Gewerkschafts-Polizei hat hier eine angemeldete Belegschaftsversammlung, die zum Lohnbau Stellung nahm, aufgelöst und drei Reichstagsabgeordnete Genossen Walter Frank und einige andere Arbeiter verhaftet.

Genosse Walter Frank stammt nicht, wie die bürgerliche Presse meldet, aus Berlin, Genosse Frank ist ein Arbeiter aus Bochum und zum Reichstagsabgeordneten von den Bergarbeitern des Ruhrgebietes gewählt. Der Bruch der Immunität durch die Gewerkschafts-Polizei kann durch nichts beschönigt werden.

In Düsseldorf wurde auch der Landtagsabgeordnete Frank gemeinsam mit Streikposten verhaftet. In Köln wurde der Reichstagsabgeordnete Esser im Streiklokal aus einer Belegschaftsversammlung heraus verhaftet.

Streikbrecherfront von Nazis bis SPD.

Essen, 4. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Von fast allen Schichtanlagen des Ruhrgebietes wird gemeldet, daß Stahlhelm und Nazis mit der Lenso sich zusammenschließen, um die Belegschaften zu terrorisieren. Auch reformistische Bestrebräte bildeten mit Knüppeln bewaffnete Terrorgruppen gegen Streikposten. Faschistische Wertbeamte und reformistische Spitzenfunktionäre ergänzten die Polizei im Sicherheitsdienst für die Bergbarone.

Londoner Hafen stillgelegt

London, 4. Januar. Durch den Streik der Schauerleute ist der Londoner Hafen heute vollständig stillgelegt worden. 5500 Arbeiter haben die Arbeit niedergelegt. Heute morgen fand eine Demonstration durch die Docks statt.

In Boston und Birtlehead steht der Streik der Hafenarbeiter fest. In Glasgow freit die Mehrheit der Hafenarbeiter. In Avonmouth beschloßen die Hafenarbeiter, ebenfalls in den Kampf zu treten.

Streikflug belgischer Metallarbeiter

Brüssel, 4. Januar. Ein dreitägiger Streik der 1000 Metallarbeiter der Firma Gilson in La Louvière endete mit der Zurücknahme der Nationalisierungsmaßnahmen und voller Anerkennung der Forderungen der Arbeiter.

bis zum Ausschluß hartnäckiger Opportunisten aus der Partei. (Leipzig.)

Die Parteiführung duldet ebensowenig das verzögerliche Verhalten gegen diese opportunistischen Fehler (Beschluß des ZK in Angelegenheit Emel usw.), ganz gleich, wo es sich zeigen möge. Für Verjährbarkeit und laulen Liberalismus gegenüber Abweichungen und Fehlern ist in unserer Partei, die im Feuer des schärfsten Kampfes gegen den Klassenfeind steht und an die immer höhere Anforderungen gestellt werden, kein Platz.

★

Eine Ueberprüfung der Parteiarbeit lehrt, wie notwendig es ist, die Aufmerksamkeit gegenüber Abweichungen von der Parteilinie zu steigern. Das XI. ERKZ-Plenum sagte über die rechte Hauptgefahr in der gegenwärtigen Periode im Zusammenhang mit unserem Kampf für die Organisation der roten Einheitsfront folgendes:

„Der erfolgreiche Kampf gegen den Faschismus fordert von den kommunistischen Parteien die Mobilisierung der Massen auf der Grundlage der Einheitsfront von unten gegen alle Formen der bürgerlichen Diktatur und gegen sämtliche reaktionären Maßnahmen derselben, die die Bahn für die offene faschistische Diktatur freimachen. Er fordert eine rasche und entschiedene Ausräumung der Fehler, die in der Hauptsache auf die liberale Konstruktion eines Gegenlages zwischen Faschismus und der bürgerlichen Demokratie, sowie zwischen den parlamentarischen Formen der Diktatur der Bourgeoisie und den offenen faschistischen Formen hinauslaufen, was eine Widerspiegelung des sozialdemokratischen Einflusses in den kommunistischen Parteien darstellt.“

Alle opportunistischen Fehler in der Durchführung unserer Einheitsfrontpolitik lassen sich, wie der Genosse Thälmann eingehend nachgewiesen hat, im Grunde auf diese falsche, undialektische Gegenüberstellung des Faschismus und der bürgerlichen „demokratischen“ Formen der kapitalistischen Diktatur zurückführen. Daran ergibt sich die falsche Einstellung gegenüber der SPD und SAPO, gegenüber der Gewerkschaft und Gewerkschaft, die auf diese Weise eben als „kleineres Übel“ im Vergleich mit den Kapitalisten hingestellt werden. Mit einer solchen Konstruktion ist dann der Übergang zur klassenfeindlichen Position, gewollt oder ungewollt, vollzogen.

Die Partei muß deshalb die hier und da auftretende Auffassung, als bedeutete die ernste ideologische Durcharbeitung der Parteimitgliedschaft eine „Ablenkung“ der Partei von der Erfüllung ihrer praktischen Arbeit, mit größter Entschiedenheit bekämpfen. Jede Unterbewertung der Wichtigkeit des theoretischen Studiums, das die Partei an der Hand der durch den Betreffenden gegebenen Direktiven jetzt organisiert, muß zu schweren opportunistischen Fehlern in der Praxis führen.

Die ernste ideologische Durcharbeitung unserer gesamten Parteimitgliedschaft bedeutet eine ungeheuer wichtige praktische Hilfe bei der Vorbereitung und Durchführung der Massenaktionen und Kämpfe des Proletariats. Die Schulung und Sicherung der

Politik letzten Endes doch eben nur „ein anderer Weg“ zum sozialistischen „Endziel“ sei, müssen endgültig beseitigt sein.

In diesem Sinne muß die gesamte Partei den schändlichen Manövern der SWP-Führer ebenfalls größere Aufmerksamkeit schenken. Die Politik der SWP ist verkappter Sozialfaschismus, den wir auf Schritt und Tritt zu schlagen haben.

Das XI. ERKZ-Plenum sagte über die „linken“ Manöver der SPD:

„In Wirklichkeit hilft die Sozialdemokratie durch diese Manöver dem Kapital, seine Offensiven auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse durchzuführen, seine Diktatur zu festigen, die Faschisierung des bürgerlichen Staates zu beschleunigen und den Widerstand der Massen dagegen zu unterdrücken, den spontanen Drang der breitesten Arbeitermassen zur Einheitsfront zu unterbinden und die Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion zu bemänteln.“

An einigen Stellen hat es sogar Genossen und untere Leitungen gegeben, die glaubten, die „linken“ SWP-Führer stünden uns „näher“ als die SPD-Führer, weil sie ihre Unterstützung der Brüningspolitik mit „linken“ Phrasen bemänteln. In Wirklichkeit sind sie die schlimmsten Feinde der wirklichen proletarischen Einheitsfront. Das gilt genau so für die brandleristischen und trotzkistischen Renegaten des Kommunismus, die alle Fragen nur unter dem Gesichtswinkel ihrer Todfeindschaft zur Partei und zur Komintern sehen.

Eine liberale Einstellung zu den trotzkistischen Agenten, die sich hier und dort einzuschleichen versuchen, muß die Partei aufs äußerste bekämpfen. Genosse Stalin hat in seinem Brief den Trotzkismus folgendermaßen charakterisiert:

„Der Trotzkismus ist der Partrupp der konterrevolutionären Bourgeoisie. Daher ist der Sozialismus gegenüber dem Trotzkismus, wenn auch dem geschlagen und massierender, eine Tölpellei, die an ein Verbrechen, an einen Verrat an der Arbeiterklasse grenzt.“

Diese Worte sind nicht an die Förderer des Herrn Slutski allein gerichtet, sie richten sich an alle feinesgleichen, ganz gleich wo und in welchem Gewande sie auftreten mögen. Die gesamte Partei wird mit großer Hochachtung die arbeiterfeindlichen Manöver der verpörrigten Trotzkisten aufdecken und durchkreuzen, genau wie die der rechten Renegaten.

Bei der Bewertung der Ergebnisse der württembergischen Kommunalwahlen hat das Zentralkomitee bereits auf ernste Beispiele rechtsopportunistischer Abweichungen in der Frage der Einheitsfrontpolitik hingewiesen. Diese Erscheinungen und ähnliche Erscheinungen in anderen Bezirken sind ein Beweis dafür, daß der Betrug der SWP-Führer mit der Theorie des „kleineren Übels“ nicht überall bolschewistisch entlarvt und zerlegt worden ist. An einigen Stellen haben unsere Genossen nicht nur nicht verstanden, bestimmte Manöver der SWP-Führer, z. B. ihre lächerlichen „Einheitsfrontangebote“ als gegen die rote Einheitsfront gerichtet zu erklären und anzuprangern, sondern haben sich selbst den sozialdemokratischen Illusionen zugänglich gezeigt. Die SPD, USG und SWP-Führer führen ihre betrügerischen Manöver durch zu dem Zweck, Unsicherheit und Verwirrung in die Reihen unserer Partei und der Arbeiterklasse zu tragen und sich neue ideologische Stützen zur Fortführung ihrer faschistischen Politik des sogenannten „kleineren Übels“ zu geben. Demgegenüber mußte unsere Partei um so mehr die bolschewistische Politik des unermüdbaren Kampfes für die rote Einheitsfront unter Führung der kommunistischen Partei für die Kampforganisation des Proletariats im Betrieb, auf der Stempelstelle, in Stadt und Land steigern. In diesem Kampf kommt den revolutionären Massenorganisationen, besonders der KGO, wachsende Bedeutung zu, als wichtigen Hebeln der gesamten revolutionären Massenarbeit.

Die SWP-Führer und Brandleristen haben demagogisch die Frage der Einheitsfront des Proletariats identifiziert mit der Frage der „Einigung“ zwischen den SWP-Führern und der Führung der SPD. Sie spekulieren dabei auf sentimentale Einstellungen und Illusionen innerhalb der Arbeiterklasse. Sie wollen damit bewirkt, die Arbeiterklasse betrügen. Unsere Aufgabe besteht darin, diese falsche Auffassung über die Herstellung der proletarischen Einheitsfront mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen und allen derzeitigen Illusionen sofort die Spitze abzubringen. Die wirkliche proletarische Einheitsfront, unsere rote Einheitsfront, bildet sich im Kampfe, für den Kampf und wird im Kampfe regiert. Die überall vorhandenen Umfänge der Bildung der roten Einheitsfront des Proletariats unter unserer Führung werden auf Grund der richtigen Klassenlinie und der Massenpolitik unserer Partei sich weiter entwickeln und die Voraussetzungen für die Vernichtung des Masseninflusses der Sozialdemokratie schaffen. Die Politik der siegreichen roten Einheitsfront besteht in der Anwendung unserer Strategie und Taktik auf die tägliche Massenarbeit. Ihre Voraussetzungen liegen ausschließlich in der täglichen Mobilisierung sozialdemokratischer, parteiloser, christlicher Arbeiter unter Führung der Kommunisten für die Forderungen der Arbeiterklasse. In diesem Kampfe entstehen und entstanden bereits neue organisatorische Formen (Einheitskomitees, Kampfausschüsse usw.). Die Frage der organisatorischen „Vereinigung“, „Ueberbrückung“ oder gar „Neutralität“ gegenüber SPD- und SWP-Instanzen stellen und glauben, daß auf diese Weise eine Einheitsfront für „spätere“ Kämpfe entstehen könnte, ist schlimmster gefährlichster Opportunismus.

★

In Württemberg ergab sich eine Häufung opportunistischer Abweichungen (gemeinsame Listen und Listenverbindungen mit der SPD, bei den Kommunalwahlen usw.), die in zwei Fällen bis zu einer liquidatorischen Tendenz gingen, ohne daß die Bezirksleitung energisch und rechtzeitig eingriff. In Schloffen und Sackhausen zeigten sich stellenweise Erscheinungen einer Verkennung der Rolle der SWP und Fehler in der Anwendung der Einheitsfrontpolitik. In mehreren Bezirken (Münster, Harburg, Oberhausen usw.) kam es unter Vernachlässigung der Mobilisierung der Massen zur Anwendung der Einheitsfronttaktik von oben. Paritätisches Komitee mit SWP- und brandleristischer Führung; Offener Brief an die SPD, Spitzenverhandlungen mit SPD und SWP. Im Ruhrgebiet kam es außerdem zeitweise zu einer falschen Aufgabenstellung im Kampf gegen die Notverordnungspolitik der Bourgeoisie. (Proletkresolutions an die Brüningregierung statt Kampfentscheidungen.) In Berlin zeigte sich in der Arbeit einzelner roter Betriebsräte und Betriebszellen nordbergendes Zurückweichen vor dem Reformismus. (Gleims, Borfig usw.) Ungenügende Massenarbeit und starke Vernachlässigung des Kampfes gegen Faschisten und Stahlhelm sind im Bezirk Halle-Merseburg zu verzeichnen. Versäumnisse in der Bekämpfung und Demaskierung der Brandleristen als Agenten des Sozialfaschismus zeigten sich im Bezirk Hesse-Franckfurt (Offenbach). Im gleichen Bezirk politische Fehler der neu gewählten heftigen Landtagsaktion.

In all diesen und anderen Beispielen drückt sich eine ungenügende Durchführung der Klassenlinie der Partei aus. Wo sich in dieser Richtung Abweichungen gezeigt haben, hat die Parteiführung durchgegriffen und Maßnahmen getroffen, sogar

Massenverhaftungen an der Ruhr

Die bürgerlichen Telegraphenbüros melden aus dem Ruhrgebiet zahlreiche große Polizeiaktionen gegen die Streikenden und gegen die Streikstützen, sowie Massenverhaftungen. In Essen wurden 75 Arbeiter verhaftet, in Berrlich wurden 26 Personen festgenommen und sollen dem Schnellrichter vorgeführt werden. In Dortmund wurden zwei Flugblattverleiher verhaftet. Dort kam es vor dem Eisenwert Union zu Gummiknüppelaktionen der Polizei gegen Streikposten.

In Düsseldorf nahm die Polizei 150 Verhaftungen vor. Auch in Bochum verhaftete die Polizei verschiedene Arbeiter wegen Streikaufrufung.

Bäume über die Straße gelegt

Das Wolffsche Telegraphenbüro meldet:

„In Herden hat man an verschiedenen Stellen Bäume gefällt und quer über die Straße gelegt, um dadurch die Aktionsfähigkeit der Polizei zu behindern. In Bottrop wurden gestern früh an verschiedenen Stellen insgesamt 7 Schaulenkerfächer von Zeitungen zertrümmert. Im Stadtteil Borbeck (Essen) wurden an mehreren Stellen Weichen unbrauchbar gemacht, Schienen verlegt und das Pflaster aufgerissen. Die Zugangsstrecken zu einer Zeche waren durch Drahtverhau gesperrt.“

Faschistische Provokateure am Werk

Die gesamte bürgerliche Presse entfaltet eine tolle Heze gegen die Kommunisten und gegen die KGO. Sie behauptet, daß in Essen Straßenbahnen beschossen und Straßenbahner von bewaffneten Streikposten zum Streifen aufgefordert worden seien.

Es ist eine Verleumdung, daß wir Kommunisten irgendwelche gewalttätigen Versuche zur Streikauflösung billigen. Wenn an einer vereinzelt Stelle Straßenbahner bedroht worden sein sollten, dann handelt es sich sicher um faschistische Provokationsstücken, die den Anhängern der KGO in die Schuße geschoben werden sollen.

Wieder e'ne zahlungsunfähige Stadt

Stettin, 4. Januar. Die Kreisstadt Kummelsburg in Pommern hat den städtischen Beamten und Lehrern bisher keinen Pfennig vom Dezembergehalt ausbezahlt können, weil die Kassen vollkommen leer sind. Der Magistrat gibt als Grund für die Zahlungsunfähigkeit an, daß die großen landwirtschaftlichen Steuerzahler auf Grund der Dürftige-Notverordnung das Sicherungsverfahren beantragt haben und infolgedessen keine Steuern zu zahlen brauchen.

Kellerterrat am 12. Januar. Der sozialdemokratische Reichstagspräsident Lohse hat auf Antrag der kommunistischen Fraktion den Kellerterrat des Reichstages auf den 12. Januar zusammenberufen.

Parteilinie gegen Abweichungen ist von der Kampfmobilisierung, von der revolutionären Massenarbeit nicht zu trennen. Die Partei muß das stellenweise noch vorhandene ungenügende Verständnis für den politischen Charakter der ökonomischen Kämpfe in der gegenwärtigen Periode beseitigen. Die große Bedeutung der Teilkämpfe muß den Kommunisten voll zum Bewußtsein kommen. Die opportunistische Streikfurcht, die hier und dort in Erscheinung tritt, muß schnellstens überwunden werden. Die Kommunisten müssen der gesamten Arbeiterklasse immer wieder zeigen, daß jedes Zurückweichen des Proletariats vor Anschlägen der Bourgeoisie nur bewirkt, daß immer schärfere Angriffe, immer unerhörtere Vorstöße der Bourgeoisie zu erwarten sind.

Dabei ist es selbstverständlich, daß die bolschewistische Massenpolitik zur Vorbedingung hat eine richtige Erkenntnis der Vielfältigkeit der Methoden und Formen der proletarischen Massenkämpfe und ihrer Auslösung. Jeder Schematismus, jede unbolschewistische Starrheit muß die Tendenz zur künstlichen Forcierung von Aktionen fördern. Opportunistische Passivität und solche künstliche Forcierung von Aktionen sind nur zwei Seiten derselben opportunistischen Einstellung und der Missetzung der Grundzüge bolschewistischer Massenarbeit.

Das gilt auch für die organisatorischen Grundlagen unserer Betriebsarbeit. Die Vernachlässigung der Aufgabe, das Schwergewicht bei der Werbung und in unserem ganzen Parteilieben auf die Betriebe zu legen, ist auch eine Form der ungenügenden Durchführung unserer Parteilinie, auch ein Zurückweichen vor Schwierigkeiten. Nur so ist die relativ ungenügende Zahl von Betriebsarbeitern gegenüber den neugeworbenen erwerbslosen Parteimitgliedern zu erklären.

In unbefriedigender Verfolgung der Klassenlinie des Proletariats organisiert unsere Partei die siegreiche rote Einheitsfront des Kampfes für den Sozialismus. Vor uns steht die entscheidende Aufgabe der Mobilisierung der Massen für große Kämpfe gegen die Unternehmerrasserie, gegen die Diktatur der Bourgeoisie. Wir stehen im rücksichtslosen Kampf gegen den Klassenfeind und gegen alle Versuche, klassenfeindlichen Ideologien in unseren Reihen Platz zu verschaffen. Die Partei wendet sich mit gleicher Entschiedenheit gegen die rechtsopportunistische Unterbewertung der Situation und die daraus entspringende Unentschlossenheit und Passivität (z. B. in der Frage des politischen Massenstreiks), wie gegen die scheinrevolutionäre Tendenz zur Ueberbewertung von Stappen der Massenmobilisierung und der lehrerischen Regierung des Kampfes um die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse. Die Partei kann sich auch nicht begnügen mit der einfachen Zustimmungserklärung zu den Beschlüssen der Partei, statt sie entsprechend den besonderen Bedingungen zu konkretisieren und praktisch anzuwenden. Es kommt alles darauf an, das, was in Resolutionen und Thesen und Beschlüssen festgelegt ist, auch wirklich durchzuführen.